

Werkstätten der Professionalisierung: Verbände und die Koordination des Sozialwesens in der Schweiz

Ergebnisse eines Forschungsprojekts des NFP 76

Prof. Gisela Hauss, Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit
Markus Bossert, Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit
Dr. Kevin Heiniger, Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit

Finanzieren und Koordinieren waren Aufgaben im Sozialwesen und eine erste Antwort auf die öffentliche Kritik an fehlender Aufsicht, Regulierung und Fachlichkeit. Mit diesen Aufgaben wurde der Dachverband «Schweizerische Landeskonferenz für soziale Arbeit» (LAKO) in den 1930er Jahren gegründet. Das Forschungsprojekt präsentiert, ausgehend von den Tätigkeiten der LAKO als zentrale Koordinationsstelle, erstmals systematisch und umfassend Ergebnisse zu sich wandelnden Strategien und Akteurskonstellationen in der Praxis der Sozialstaatlichkeit von den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts bis hinein in die Umstrukturierungen der 1990er Jahre. Das Projekt erschliesst neues Wissen zu Arrangements, Finanzierungsmodellen und komplexen Mischformen zwischen privaten und staatlichen Akteuren. Es ergänzt regionale Forschungszugänge zum privat organisierten Fürsorgewesen und macht diese erstmals unter einer gesamtschweizerischen, verschiedene Fürsorgebereiche und Ebenen miteinbeziehenden sowie transnationalen Perspektive diskutierbar.

Hintergrund, Ziel des Projekts und Forschungsplan

Die Bedeutung von Initiativen auf nationaler Ebene für eine Professionalisierung im Sozialwesen ist in bisherigen Forschungen zu fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen kaum in den Blick genommen worden (Haus/ Gabriel/ Lengwiler 2018, Germann/ Odier 2019). Diese Forschungslücke nahm das hier präsentierte Projekt als Ausgangspunkt und bestimmte die gesamtschweizerische Ebene als Untersuchungsfeld. Dort bearbeitete das Projekt die Fragestellung, wie und in welchem Kontext gesamtschweizerisch agierende Akteurskonstellationen sich dafür einsetzten, das heterogene Sozialwesen in der Schweiz auf gemeinsame Standards zu verpflichten. Mit dieser Perspektive wurde untersucht, wer auf nationaler Ebene welche Argumente einbrachte für oder gegen eine übergreifende Koordination und Harmonisierung der stark fragmentierten Fürsorgelandschaft. Diese Frage führte die Forschungen mitten hinein in Verflechtungen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und Trägern, zwischen internationalen, gesamtschweizerischen und regionalen Strukturen und Praxen. Konkret folgte das Projekt den Tätigkeiten des auf dem nationalen Parkett agierenden Spitzenverbandes LAKO im Zeitraum von 1932 bis 2000 und verfolgen die dabei im Zentrum stehenden Tätigkeiten bis in die Gegenwart hinein.

Der LAKO gehörten gesamtschweizerisch rund sechzig private Sozialwerke, private Spitzen- und Fachverbände, sowie eidgenössische Ämter und Zusammenschlüsse kantonaler Amtsstellen als Mitglieder an. Sie agierte auf dem nationalen Parkett, verstand sich als Werkstatt der Professionalisierung und verhandelte an vorderster Stelle mit in der Diskussion um das normative Profil des schweizerischen Sozialstaates. Als «kommunikative Agentur» (Siegenthaler 1997, S. 25) und «zentrale Austauschplattform» (Matter 2011, S. 292f.) positionierte sie sich im Zwischenraum zwischen Staat und Zivilgesellschaft

(Heiniger et al. 2017). Hier argumentierte sie gegen die Fragmentierung der Fürsorgelandschaft und für eine Harmonisierung und Professionalisierung des Sozialwesens. Ohne in staatliche Strukturen eingegliedert zu sein, funktionierte sie somit als Ersatz für das nichtexistierende Sozialministerium auf Bundesebene. Aufgrund ihrer regen und das Sozialwesen profilierenden Tätigkeiten wurde sie international wahrgenommen und zur wichtigen Ansprechpartnerin in Bezug auf eine Vertretung der Schweiz an internationalen Tagungen, in UNO-Programmen und in der international geführten Diskussion um die Bedeutung der sozialen Grundrechte der Menschenrechtsdeklaration. Das von der LAKO vor rund 100 Jahren begonnene Projekt der Koordination und Standardisierung des Bereichs des Sozialwesens ausserhalb der grossen Versicherungswerke und staatlicher Transferleistungen ist heute noch nicht abgeschlossen. Mit Interviews und einer Begleitgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aus aktuellen Verbänden und Konferenzen im Bereich Sozialhilfe, Behindertenhilfe und Kinder- und Jugendarbeit, die sich heute dieses Thema zum Anliegen machen, führte das Projekt die Forschung an die Gegenwart heran.

Das Projekt beruht auf einer Diskursanalyse (Jäger 2012, Keller 2005). Grundlage bildete der Quellenbestand zur LAKO im Schweizerischen Sozialarchiv. Über die Archivrecherchen hinaus wurden insgesamt zwölf Interviews durchgeführt (Bogner et al. 2005, Wierling 2008), sechs Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie sechs Befragungen von Professionellen, Experten und Expertinnen, die derzeit in gesamtschweizerisch agierenden Verbänden und Konferenzen im Sozialwesen tätig sind. Die Interviews wurden Wort für Wort transkribiert und inhaltsanalytisch (Mayring 2010) und mit der Grounded Theory (Strauss/ Corbin 1996) ausgewertet.

Ergebnisse

In der hier zugrunde liegende Forschung stellt sich die Wohlfahrt als eine spannungsreiche, schwer zu jonglierende Koproduktion dar. Die LAKO versuchte, diese in ein möglichst förderliches Verhältnis zu bringen. In ihrem Streben nach einer Übersicht gewährleistenden Ordnung stiess sie jedoch auf inkohärente Handlungsorientierungen und partikulare Interessen anderer Stakeholder in den Handlungs-zusammenhängen der Wohlfahrtsproduktion, auf Interessengruppen mit sehr unterschiedlichen Rationalitätsmustern auf den Ebenen der öffentlichen Verwaltung, der Politik oder im privaten Sektor des Sozialwesens. Wie sich diese Koproduktion gestaltete, soll im Folgenden an acht Punkten aufgezeigt werden.

Koordination im privaten Sektor des Sozialwesens

Das Bestreben namhafter Fürsorger, in der Zersplitterung des privaten Fürsorgewesens eine gewisse Ordnung, Planbarkeit und Systematisierung herzustellen, zeigt sich als eine grundlegende Motivation in den Gründungsdokumenten der LAKO. Ziel der Gründung war es, unter den rund sechzig Mitgliedern, seien es private Einrichtungen, Hilfswerke, Verbände oder Ausbildungsstätten, eine bessere Koordination auf-zubauen. Ein erster Erfolg in diesem Vorhaben lässt sich in den 1930er Jahren in der Gründung und im Ausbau der ZEWO (Zentralauskunftsstelle für Wohlfahrtsunternehmungen) finden, mit der das Spendenwesen und damit die Finanzflüsse des privaten Sektors geregelt und einer gewissen Kontrolle unterworfen wurden.

Arrangements zwischen Bund und Zivilgesellschaft

Um die Koordination zu stärken, setzte die LAKO verschiedene Akteure des Sozialwesens

in ein Verhältnis zueinander. Diese Tätigkeit analysierend macht das Projekt interessante Arrangements und komplexe Mischformen zwischen privaten und staatlichen Akteurskonstellationen sichtbar. Damit bringt sie Licht in den vielfach verwobenen Zwischenraum zwischen zivilgesellschaftlichen und gouvernementalen Kreisen und unterscheidet darin ausserordentlich vielfältige Zusammenarbeitsformen. Diese herausgearbeitet und in ihrer Bedeutung bestimmt zu haben, ist ein wichtiges Ergebnis des Projektes. Auf dieser Grundlage konnte eingeschätzt werden, welche Arrangements das Vorhaben einer Vereinheitlichung und Harmonisierung stärkten. Zudem wurde sichtbar, dass die auf mehreren Ebenen aktiven Akteure in ihren Positionen gestärkt wurden und an Einfluss gewannen.

Internationale Akteurskonstellationen als dritte Kraft im nationalen Gefüge

Eine zentrale Erkenntnis des Projektes ist, dass die LAKO nicht nur auf nationaler Ebene Verbindungen schaffte, sondern ebenso mit internationalen Netzwerken im Austausch stand. Die Aufgabe, die sich die LAKO gegeben hatte, die Akteure des Wohlfahrtswesens in ein Verhältnis zueinander zu bringen, beschränkte sich somit nicht auf Ebenen der nationalen Sozialstaatlichkeit, sondern führte darüber hinaus in internationale Netzwerke, in denen sozialwissenschaftliches Wissen und normative Orientierungen vor allem in akademischen Kreisen verhandelt wurden. Dieses Wissen sowie die damit verbundenen Kooperationen beeinflussten die Ausbildung und Praxis der traditionell pragmatisch und regional ausgerichtete Armenfürsorge der Schweiz jedoch keineswegs flächendeckend und gleichzeitig. Vielmehr war die erwartete Dokumentation, Professionalisierung und Kooperation umstritten und die Impulse zum Mitziehen bei internationalen Entwicklungen

erzeugten Spannungsfelder im nationalen Kontext. Diese wiederum führten zu ungleichzeitigen Entwicklungen zwischen Städten und ländlichen Regionen sowie zwischen verschiedenen Sektoren des Sozialwesens.

Etatistische Träume und gescheiterte Vorstöße

Im Kontext der internationalen Netzwerke, in denen der Ausbau der Sozialstaatlichkeit rege diskutiert wurde, liessen sich auch im Umkreis der LAKO Stimmen vernehmen, die ein Sozialministerium auf Bundesebene forderten. Unsere Forschung zeigt auf, wann und wie die Weichen gestellt wurden, welche die Realisierung dieses Anliegen in den Nachkriegsjahrzehnten verhinderten. Als ein wichtiger Bereich des Sozialwesens blieb infolgedessen unter anderem die Kinder- und Jugendhilfe in den Händen der - zeitgenössisch formuliert - 'wohmeinenden privaten Kräfte' und der Bund überliess die Zuständigkeit für öffentliche Interventionen in Familien und Erziehung untergeordneten politischen Ebenen. Als Anfang der 1970er Jahre die finanzökonomische Kritik an staatlicher Sozialpolitik laut wurde und Wohlfahrtsleistungen zunehmend an ökonomischen Standards gemessen wurden, war die Zeitepoche des Ausbaus sozialstaatlicher Strukturen vorbei, ohne dass unter anderem die Kinder- und Jugendhilfe in staatliche Strukturen eingegliedert worden war. Ein Ausbau auf Bundesebene passte nicht mehr in die Agenda der staatlichen Sozialpolitik. Das in den Jahrzehnten zuvor angemahnte fehlende Sozialministerium auf Bundesebene blieb infolgedessen eine Lücke. Diese rückte jedoch in den Hintergrund, lag sie doch im Trend der in den 1990er Jahren zunehmenden Privatisierung, in deren Zug staatliche Aufgaben vermehrt an private Akteure delegiert wurden.

Die Paradoxien eines Gesamtplans

Die LAKO war mit der Idee angetreten, als Koordinationsstelle die einzelnen Fürsorge- und Erziehungseinrichtungen aufeinander abzustimmen und einen übergreifenden Plan für das Wohlfahrtswesen zu entwickeln. Doch diese Idee eines aufeinander abgestimmten Gesamtplans blieb unerfüllt. Deutlich lässt sich das in unserer Forschung am Vorhaben zeigen, verschiedene Typen von Heimen in eine gesamtschweizerische, sich gegenseitig ergänzende und aufeinander abgestimmte Logik einzuordnen. Das gelang ausschliesslich in spezifischen Sektoren, so z.B. im Bereich der Justizheime (Bundesamt für Justiz), der Heime die von der Invalidenversicherung unterstützt wurden (Amt für Sozialversicherung) oder der Ausbildungswerkstätten für Jugendliche (Amt für Industrie und Gewerbe). Diese hatten unter Einhaltung von vorgegebenen Standards das Anrecht auf Gelder vom Bund. In diesen Sektoren des Heimwesens traf man sich jeweils in gesamtschweizerischen Arbeitsgruppen und rang um gemeinsame Standards und eine gemeinsame Sprache. Andere Bereiche des Sozialwesens hatten keinen Anteil an diesen Entwicklungen, es fehlten die Anreize durch Subventionen. Professionalisierungsprozesse verliefen unter diesen Voraussetzungen in spezifischen Segmenten bezüglich der Dynamiken, Grade und Geschwindigkeiten der Veränderungen sehr heterogen. Die Professionalisierung war segmentiert, ohne einem Gesamtplan folgen zu können.

Eine falsche Rechnung in Bezug auf die Versprechen des Neoliberalismus

Während man sich in der einschlägigen Literatur weitgehend einig ist, dass seit den 1990er Jahren ein Umbau in den staatlichen Verwaltungsstrukturen stattgefunden hat, belegen die hier präsentierten Forschungsergebnisse zunächst

einen für die im Bereich der privat organisierten Wohlfahrt deutlich wahrnehmbaren Abbau staatlicher Unterstützung seit den 1970er Jahren. In den Diskussionen der LAKO wurde in den 1970er Jahren ein Vorher und Nachher in Bezug auf die Jahre der Rezession klar unterschieden. Bereits zehn Jahre später, 1984/85 verweisen die Protokolle von mit LAKO-Mitgliedern durchgeführten «Gruppengesprächen» auf eine neue Dramatik in der Konkurrenz um Bundes-subventionen zwischen den grossen und kleinen Hilfswerken. Feststellen lässt sich, dass es ein kaum zu realisierendes Unterfangen war, das Sozialwesen im sich verändernden Kräftefeld zwischen der Agenda eines sich ökonomisierenden Sozialstaates, einer kritischen Wissenschaft und miteinander konkurrierender grosser und kleiner Hilfswerke im Sinne einer Gesamtkoordination zu moderieren. Der lange Untersuchungszeitraum zeigt: Der Wind hatte gekehrt. So war in einer ökonomischen Logik, in der einzelne Werke ihre Leistungen und Leistungsbezüge direkt auf dem Markt aushandeln wollten, eine Abstimmung ohne Kostenrelevanz nicht mehr das Thema der Zeit.

Fazit: ambivalent geregelte Zuständigkeiten als unzureichender Schutz vor institutioneller Gewalt

Die in diesem Band eingenommene Perspektive bringt damit beides ans Licht: gelungene Arrangements auf nationaler Ebene, die eine gewis-

se Ordnung, Übersicht und damit Planung und eine Professionalisierung in spezifischen Segmenten möglich machten und gleichzeitig eine grundsätzliche Gesamtplan-Enttäuschung. Letztere förderte ein pragmatisches, auf spezifische Sektoren fokussiertes Vorgehen unter Verzicht auf eine übergreifende, das gesamte Sozialwesen umfassende Abstimmung und Systematisierung. Richtlinien wurden zwar erlassen, doch gleichzeitig in anderen Bereichen unterlaufen. Damit verblieb der demokratisch inspirierte fachliche Austausch innerhalb spezifischer Segmente, ohne die Bruchlinien zu anderen Bereichen zu durchdringen. Auf diese Weise wird erklärbar, dass Willkür, Missstände und fehlende Koordination im Sozialwesen zwar benannt und heftig kritisiert wurden, während gleichzeitig in anderen Bereichen noch jahrzehntelang Gewalt, Arbeitsausbeutung und Vernachlässigung die Praxis prägten. Mit der Aufmerksamkeit für diese sozialpolitisch verursachten Ungleichzeitigkeiten bieten die hier präsentierten Ergebnisse eine Erweiterung der Deutungsmöglichkeiten für geschehenes Unrecht im Kontext einer bruchstückhaften und ambivalenten Modernisierung des Wohlfahrtsbereichs.

Bedeutung der Ergebnisse für die Praxis und Empfehlungen

Die *Landeskonferenz für soziale Arbeit* setzte grundsätzlich auf die transformative Kraft der Koordination und Professionalisierung auf der Ebene der Zivilgesellschaft. Die Analyse ihrer Strategien, Tätigkeiten und Wirkungen lässt jedoch den Schluss zu, dass das Fehlen einer dieses Engagement stützenden Rechtsordnung zu ausgesprochen ungleichzeitigen Entwicklungen führte. Der sich dadurch verstärkende Ausschluss grosser Wohlfahrtsbereiche von der Teilhabe an Modernisierungs- und Professionalisierungsprozessen, wie das etwa in der ausserfamiliären Erziehung festgestellt werden kann (z.B. Kinderheime und Pflegekinder), erweist sich als ein Grund für die Persistenz

von integritätsverletzenden Fürsorgepraxen. Um heute andere Voraussetzungen zu schaffen, empfehlen wir eine stärkere Verrechtlichung von Leistungszugängen und Entscheidungsverfahren in Verbindung mit einer Stärkung von Transparenz und Mitbestimmung der Adressat:innen in diesen Verfahren wie auch in der Leistungserbringung selbst.

In unserem Projekt stellten wir eine *segmentierte Professionalisierung* im Sozialwesen fest. Ausgehend von diesen historischen Befunden empfehlen wir der heutigen Sozialpolitik, die Zugänge zu Leistungen für Adressat:innengruppen zu sichern, die bisher weniger abgesichert oder öffentlich sichtbar sind. Dazu gehören neben den Kindern und Jugendlichen in der ausserfamiliären Betreuung die Bereich des Flüchtlingswesens und der Sans-Papiers.

Die Analyse der 100-jährigen Entwicklungen der Wohlfahrtsproduktion zwischen den verschiedenen politischen Ebenen der Schweiz macht deutlich, dass die Eingliederung gewisser Aufgaben und Zuständigkeiten in die staatlichen Strukturen auf Bundesebene durch das sich durchsetzende Subsidiaritätsprinzip verhindert wurde. So gibt es – trotz historisch belegter Anstrengungen diese einzuführen – bis heute in der Schweiz kein Sozialhilfegesetz und kein Gesetz für die Kinder und Jugendhilfe sowie kein koordinierendes Sozialministerium auf Bundesebene. Den historischen Entwicklungen folgend liegt die Chance für Veränderungen damit vor allem in Gefässen, die eine interkantonale Zusammenarbeit mit der Zusammenarbeit mit Fachgruppen verbinden. Unsere Empfehlung an Bund und Kantone ist, diese für die Schweiz historisch gewachsenen übergreifenden Zusammenarbeitsformen zwischen interkantonalen Zusammenschlüssen und Fachagenturen auszubauen und mit Bundesgeldern finanziell abzusichern. Fachliche Standards können so in demokratisch legitimierten Strukturen an Wirkungskraft gewinnen.

Unsere Forschung zeigt, dass die nationale Entwicklung sozialstaatlicher Strukturen in der Schweiz durch Impulse aus internationalen Netzwerken inspiriert wurde. An diese Entwicklung anschliessend empfehlen wir Bund, Kantone und NGOs, sich weiterhin mit staatenübergreifenden Fachdiskussionen und internationalen Standards auseinanderzusetzen. Hier sind insbesondere die UN-Kinderrechtskonvention und die UN-Behindertenrechtskonvention zu nennen. So wurden von der Schweiz die 1989 von der UNO verabschiedete Kinderrechtskonvention im Jahr 1997, die 2006 verabschiedete Behindertenrechtskonventionen 2014 unterschrieben. Beide wurden bisher nur lückenhaft umgesetzt. Zu bearbeiten sind zum Beispiel in Bezug auf die Kinderrechte die grossen Unterschiede in der Umsetzung zwischen den Kantonen sowie die Wahrung der Rechte von Kindern aus wirtschaftlich und sozial benachteiligten Familien, von Kindern mit Behinderungen und Kindern mit Migrationshintergrund. Die Empfehlung, die Umsetzung zu fördern, adressiert Bund und Kantone, letztere in ihrer Zuständigkeit für das Sozialwesen, für die Leistungen und die Zugänge zu diesen. Wir empfehlen eine integrierte Strategie auf Bundes- und Kantonsebene, wie sie im Artikel 26 KJFG für einen begrenzten Zeitraum realisiert wurde. Diese Strategie ermöglichte es, den Aufbau von Kinder- und Jugendhilfestrukturen in den Kantonen durch Bundesgelder zu fördern (Finanzhilfen an Kantone für kantonale Programme im Bereich Aufbau und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik, Art. 26 KJFG).

Wissenschaftliche Bedeutung der Ergebnisse

Das Forschungsprojekt trägt mit seinen Ergebnissen zum Verstehen der Praxis der Sozialstaatlichkeit in der Schweiz bei und macht strukturelle Dimensionen sichtbar. Ausgangspunkt der Analyse ist der historische Fall LAKO, welcher für diese Phase eine wichtige Scharnierfunktion zukam, wenn auch unter nachlassender Intensität. Die Untersuchung wird anschaulich und beispielhaft umgesetzt und eröffnet so neue, wichtige und gut nachvollziehbare Einblicke. Damit werden Erkenntnisse und Zusammenhänge erschlossen, die auch für das nationale Forschungsprogramm «Fürsorge und Zwang – NFP 76» weiterführend sind. Die Ergebnisse widerspiegeln die Spannungsverhältnisse der Zeit, in denen Vereinheitlichungen und Professionalisierung in spezifischen Bereichen vorangetrieben werden konnten, während andere (so etwa die Kinderheime und Pflegefamilien) vom Ausbau der Sozialstaatlichkeit kaum erfasst wurden. Die Ergebnisse können damit als Erklärung dafür dienen, dass Willkür, Missstände oder fehlende Koordination im Sozialwesen benannt und kritisiert worden sind, gleichzeitig aber Gewalt, Arbeitsausbeutung und Vernachlässigung in einigen Bereichen weiterhin die soziale Praxis prägten. Das Forschungsprojekt trägt damit wesentlich zum erweiterten und komplexen Verständnis der Zusammenhänge und Wirkungsweisen sozialstaatlicher Praxis bei.

Literatur

Bogner, A.; Littig, B.; Menz, W. (2008): *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*. VS, Wiesbaden

Germann, Urs/Odier, Lorraine (2019). *Organisierte Willkür. Administrative Versorgung in der Schweiz 1930 – 1981*. Zürich: Chronos.

Hauss, Gisela/Gabriel, Thomas/Lengwiler, Martin (Ed.) (2018). *Fremdplatziert. Heimerziehung in der Schweiz, 1940–1990*. Zürich: Chronos.

Heiniger, Alix/Matter, Sonja/Ginalschi, Stéphanie (Ed.) (2017). *Die Schweiz und die Philanthropie. Reform, soziale Vulnerabilität und Macht (1850–1930) = Suisse et philanthropie. Réforme, vulnérabilité sociale et pouvoir (1850–1930)*. Basel: Schwabe Verlag.

Jäger, Siegfried (2012). *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. 6th Edition. Münster: Unrast.

Keller, Reiner (2005). *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Matter, Sonja (2011). *Der Armut auf den Leib rücken. Die Professionalisierung der Sozialen Arbeit in der Schweiz*. Zürich: Chronos.

Mayring, Phillip A.E. (2010): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Beltz, Weinheim.

Siegenthaler, Hansjörg (Ed.) (1997). *Wissenschaft und Wohlfahrt. Moderne Wissenschaft und ihre Träger in der Formation des schweizerischen Wohlfahrtsstaates während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*. Zürich: Chronos.

Strauss, Anselm/Corbin, Juliet (1996). *Grounded theory. Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Beltz Psychologie Verlags Union.

Wierling, D. (2009): *Zeitgeschichte ohne Zeitzeugen. Vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis – drei Geschichten und zwölf Thesen*, in: BIOS 21/1, 28-36.

**Werkstätten der Professionalisierung:
Verbände und die Koordination des Sozialwesens
in der Schweiz**

Prof. Gisela Hauss, Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit,
Hauptgesuchstellerin

Markus Bossert, Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit,
wissenschaftlicher Mitarbeiter

Dr. Kevin Heiniger, Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit,
wissenschaftlicher Mitarbeiter

Kontakt:

Prof. Gisela Hauss
Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit, Olten
+41 62 957 20 68
gisela.hauss@fhnw.ch

Weitere Informationen:

www.nfp76.ch

Juli 2023